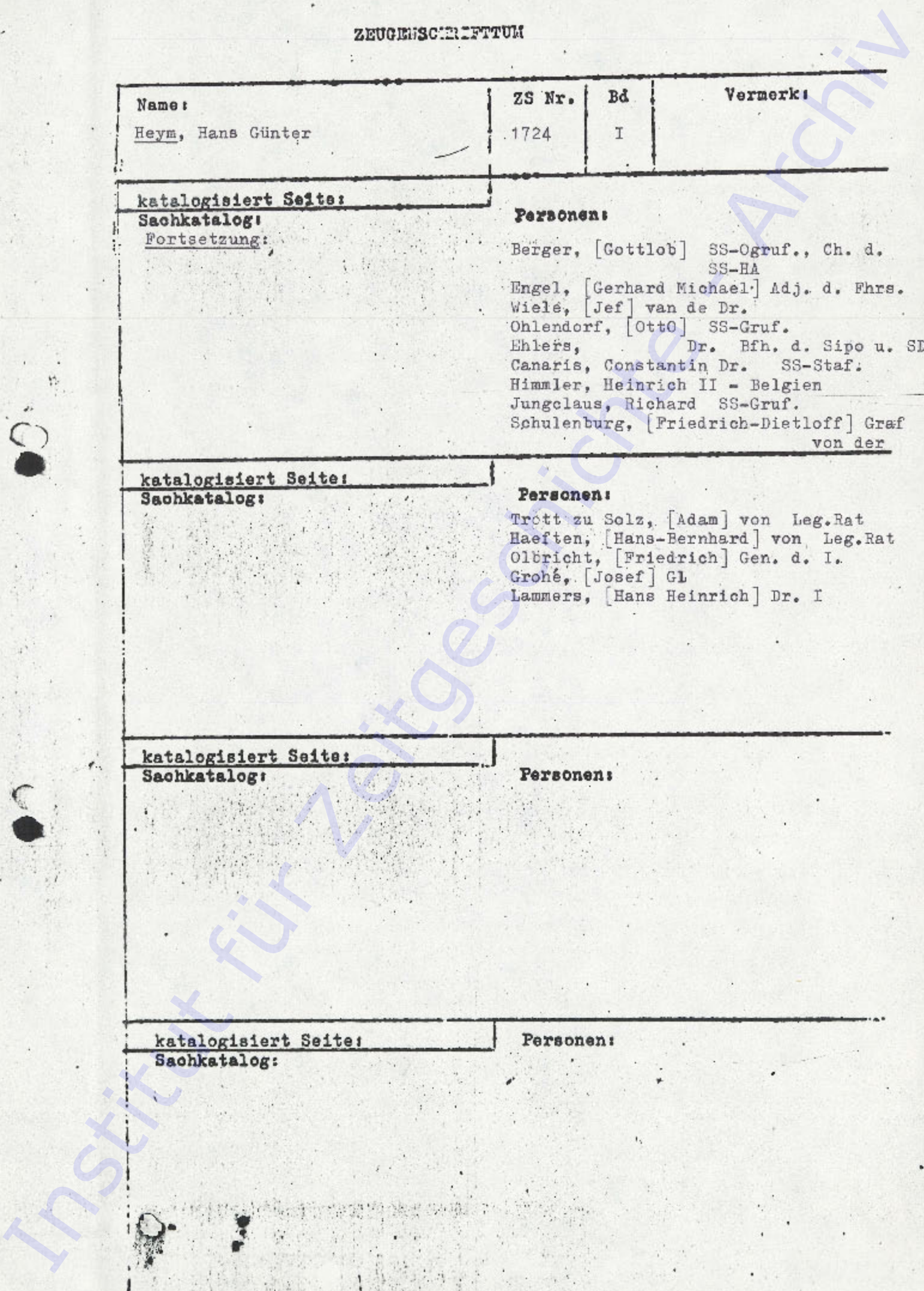


ZEUGENSCHRIFTUM

Name:	ZS Nr.	Bd	Vermerk:
Heym, Hans Günter	1724	I	
katalogisiert Seite: 1 - 26			
Sachkatalog:	Personen:		
Bes.Geb. B VI - 2	Heym, Hans Günter Pers. Ref. d. Mil-		
Bes.Geb. B VI - 2. Innen	Reeder, Eggert MilVerwCh VerwCh		
Bes.Geb. B II - MilVerw.	Falkenhausen, Alexander v. MilBfh.		
NSDAP III - Verh. zu MilVerw.	Thedieck, [Franz] MilVerwOberrat		
NSDAP III - Verh. zu Wehrmacht	Leiber, MilVerw.Rat		
Wehrmacht III - Verh. zu NSDAP	Flad, ORR		
Haager Landkriegsordnung	Hartenstein, ORR		
Widerstand IV - 2. Belgien	Schmid, Carlo MilVerwRat		
Führer I - 2	Kolb, [Walter] MilVerwRat		
Repressalien IV - Belgien	Busch, MilVerwRat		
Wehrmacht III - Gerichtsbarkeit	Kamecke, von Senatsprärs.		
katalogisiert Seite:			
Sachkatalog:	Personen:		
Wehrmacht II - MilBfh.	Craushaar, von Dr.		
Wehrmacht III - Befehl	Bexer, Dr.		
NSDAP III - Verh. zu Reeder, Eggert	Keitel, Wilhelm GFM I.		
Bes.Geb. B VI - 2. Wirtsch. u. Fin.	Hitler, Adolf I		
Finanzen III - Feindvermögen	Moltke, [Helmuth James Graf] v.		
Juden III - Vermögen	Hass, MilVerwRat		
Juden IV - Belgien	Winter, de belg. GenSekr.		
Juden III - Kennzeichnung	Plissinier, "		
SS III - Verh. zu MilVerw.	Romme, "		
SS III - Verh. zu Reeder, Eggert	Leeman, "		
Wehrmacht III - Verh. zu Juden	Galopin, [A.] Gen.Dir.		
katalogisiert Seite:			
Sachkatalog:	Personen:		
Wehrmacht III - Verh. zu SS	Ganshoff van der Meersch, belg. GStA		
Juden III - Interventionen	Schiffer, VerwCh d. Oberfeldkdt.		
Fremdarbeiter IV - Belgier	Steinbrink, [Otto] Gen.Beauftr. f. d.		
Arbeit III - Zwangsarbeit	Stahlindustrie i.		
Wa-SS III - Freiwilligenverbände	Lux, . Belgien, Nordfr		
Wa-SS V - Flamen	Hahn, Frhr. v. MilVerwRat		
Wa-SS III - Verh. zu MilVerw.	Himmler, Heinrich II - Juden		
	Himmler, Heinrich II - Reeder, Eggert		
	Müller, [Heinrich] II - Juden		
	Berting, Dr.		
katalogisiert Seite:			
Sachkatalog:	Personen:		
	Sauckel, Fritz GL I		
	" II - Fremdarbeiter		
	Simon, [Gustav] GL		
	Schmidt, Beauftr. d. NSDAP b.		
	RKom. i. Holland		
	Abetz, [Otto]		
	Degrelle, Léon belg. Rexiatenfhr.		
	Brauchitsch, Werner von GFM I		
	Heß, Rudolf RMin I		

ZEUGENSCHRIFTUM

Name:	ZS Nr.	Bd.	Vermerk:
Heym, Hans Günter	1724	I	
katalogisiert Seite: Sachkatalog: <u>Fortsetzung:</u>	Personen: Berger, [Gottlob] SS-Ogruf., Ch. d. SS-HA Engel, [Gerhard Michael] Adj. d. Fhrs. Wiele, [Jef] van de Dr. Ohlendorf, [Otto] SS-Gruf. Ehlers, Dr. Bfh. d. Sipo u. SD Canaris, Constantin Dr. SS-Staf. Himmler, Heinrich II - Belgien Jungclaus, Richard SS-Gruf. Schulenburg, [Friedrich-Dietloff] Graf von der		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen: Trott zu Solz, [Adam] von Leg.Rat Haeften, [Hans-Bernhard] von Leg.Rat Olbricht, [Friedrich] Gen. d. I. Grohé, [Josef] GL Lammers, [Hans Heinrich] Dr. I		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		



Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 2423/59	Best. 25 1724
Rep. /	Kat. fu

- 1 -

Von September 1939 bis 1944 war ich persönlicher Referent des Herrn Reeder in seiner Eigenschaft als Regierungspräsident in Düsseldorf und seit 1940 als Chef der Militärverwaltung für Belgien und Nordfrankreich in Brüssel. Zu meinen Vergesetzten und zu dem Menschen Reeder, mit dem ich 5 Jahre ständig zusammengearbeitet und gelebt habe, möchte ich Stellung nehmen und Aussagen an Eidesstatt machen.

Von der Fülle seiner hervorragenden menschlichen Eigenschaften möchte ich nur einige aufzählen, wie sein grosses Verwaltungstalent, ausgeprägtes Gefühl für Recht und Wahrhaftigkeit, Sauberkeit, soziales Empfinden, Hilfsbereitschaft, Humanität, Achtung vor dem Feinde, und sie durch Tatsachen erhärten.

In den letzten drei Jahren nach der völligen Niederlage meines Vaterlandes habe ich oft Zeit und Muße gefunden, über die Tätigkeit in Belgien nachzudenken und bin dabei zu dem Ergebnis gekommen, unter Berücksichtigung aller Argumente, die durch die Alliierten, durch ihre Prozeßführung in Nürnberg und ihre Aufklärungsarbeiten über die wirklichen Vorgänge augenscheinlich wurden, daß niemand von den Persönlichkeiten, die während des Krieges an hervorragender Stelle standen, so unbescholten und so untadelig dasteht, wie Herr Präsident Reeder. Unzählige Beweise für seine Humanität und gerechte Haltung und kämpferischen Einsatz gegen Methoden von Zentral- und Parteidienststellen, die ihm aufgewungen werden sollten, sind in meinem Gedächtnis haften geblieben, nur auf einige Tatsachen, die sich beliebig vermehren lassen, möchte ich näher eingehen.

Herr Reeder stammt aus einer alten schleswig-holsteinischen Bauernfamilie. Seine norddeutsche Wesensart findet ihren Ausdruck in seiner Schlichtheit und Bescheidenheit, seiner tiefen Innerlichkeit, seiner Achtung vor Gott und dem Gesetz.

1933 wurde er Landrat in Schleswig-Holstein und hat nur schweren Herzens seine Heimat verlassen, um den Posten eines Regierungspräsidenten in Aachen zu übernehmen. Nicht Parteizugehörigkeit oder eine von ihm zum Ausdruck gebrachte Sympathie

- 2 -

für die NSDAP stellten ihn auf diesen Posten, sondern seine Verwaltungskenntnisse, sein ungeheurer Arbeitseifer und sein unerschrockenes Auftreten. Den Parteidienststellen, obwohl sie im Anfang mit seiner Berufung und seinem Einrücken in die höchsten Staatsstellen einverstanden waren, machte er in den nächsten Jahren seiner Tätigkeit als Regierungspräsident in Aachen und Köln wegen seines unbeirrbaren Eintretens für gesunde und gerechte Verwaltungstätigkeit, unbeeinflussbar von Parteidoctrinen, viel zu schaffen. In diesen Stellungen konnte er sein ungewöhnliches Organisations-talent zur Entfaltung bringen und die autoritäre Staatsführung gab ihm die Möglichkeit, die von ihm dringend als notwendig erachteten Reformmaßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung zu verwirklichen. Sein SS-Rang, der ihm als hoher Verwaltungsbeamter, wie vielen anderen, vom Reichsführer SS Himmler ohne vorherige Befragung verliehen war, hat er nur als formalen Titel betrachtet und aus dieser Verleihung nie eine innere Bindung zur SS empfunden. Er blieb stets der Kirche treu und liess seinen Kindern eine christliche Erziehung zukommen.

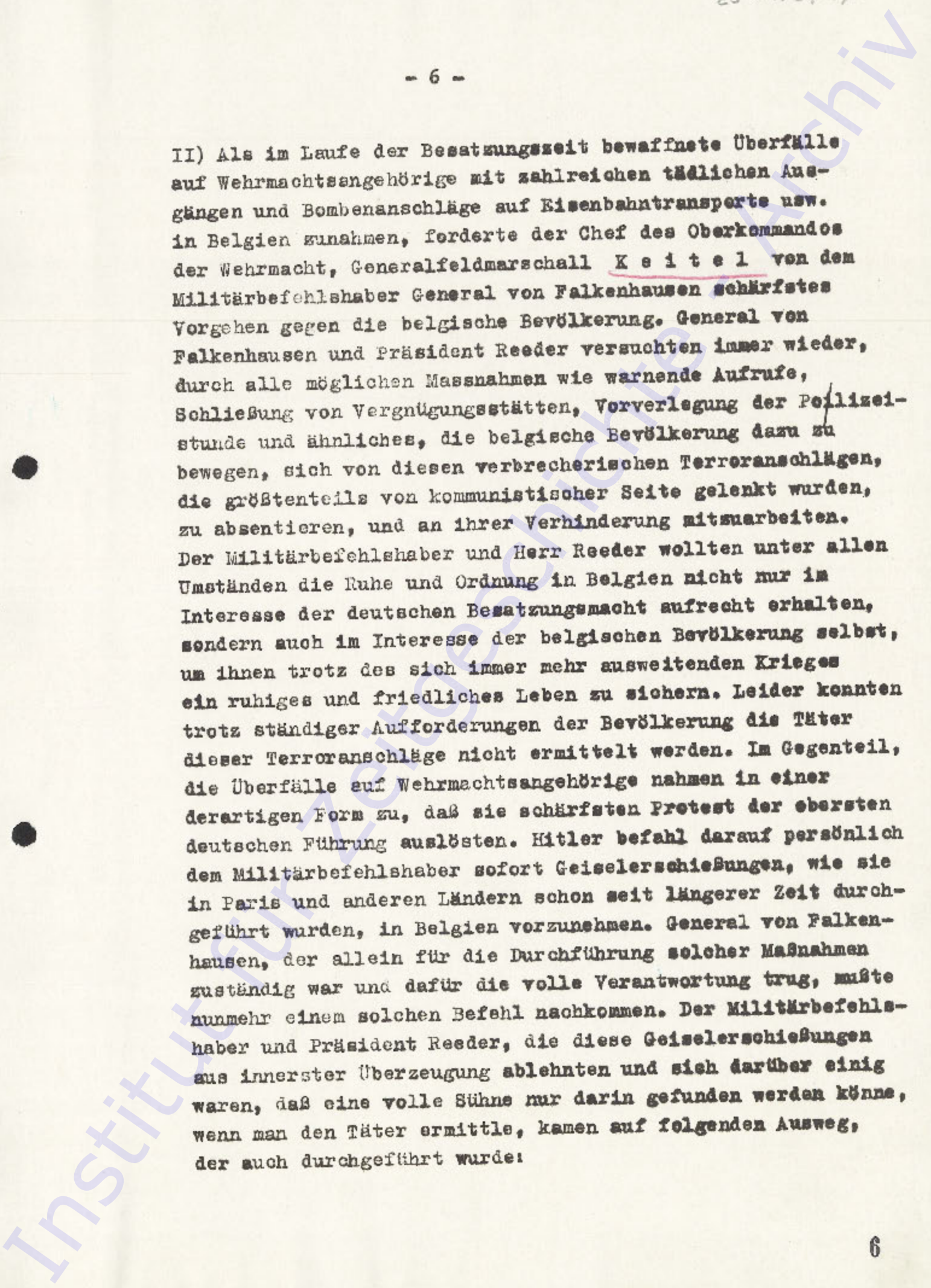
Als im Mai 1940 General von Falkenhausen als Militärbefehlshaber von Belgien und Nordfrankreich sein Vorgesetzter wurde, stellte er sofort fest, dass sich seine Auffassungen über eine saubere und anständige Besatzungsverwaltung mit denen des Generals völlig deckten. Sie fassten bald vollstes Vertrauen zu einander und es gab während der ganzen Jahre keine wichtige Angelegenheit, die Herr Reeder nicht eingehend mit dem Militärbefehlshaber erörtert hat. Herr Reeder nahm unter diesem hervorragenden Vorgesetzten seine Arbeit mit aller Entschlossenheit in Angriff und stellte für die gesamte Militärverwaltung als obersten Grundsatz das Festhalten an eine saubere und humane Besatzungsmacht auf. Alle Maßnahmen und alle Pläne, die er für die Gegenwart und Zukunft traf, waren auf dieses Ziel gerichtet. Er war ständig bemüht, der Bevölkerung nicht mehr

Lasten aufzuerlegen, als es im Interesse der Kriegsführung unbedingt notwendig war. Er versuchte, Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten, die Versorgung des Landes sicher zu stellen und die Finanzkraft des Landes möglichst zu schonen. Dieses fürsorgliche Eintreten des Herrn Reeder für die Belange Belgiens geschah nicht etwa - auf welchen Gedanken man kommen könnte - lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen zur Wahrung der deutschen Kriegserfordernisse, sondern weil er aus seinem Humanitätsideal heraus Unrecht verdammt und seine wirkliche Sympathie für die belgische Bevölkerung seine Massnahmen zum weitgehenden Schutz dieser Bevölkerung bestimmten.

Bald musste er aber erkennen, daß sein gestecktes Ziel von den Zentralstellen im Reich nicht gebilligt wurde, was schließlich zu schweren Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen mit diesen Stellen führte. Der offene Kampf, den Herr Reeder nunmehr ohne Rücksichtnahme auf seine Gesundheit und sein Leben vier Jahre lang gegen die ständigen Angriffe und Eingriffe dieser Stellen führte, muß meines Erachtens genau so bewertet werden, als der getarnte Widerstand der Persönlichkeiten, die mit dem Attentat vom 20. Juli vor die Weltöffentlichkeit traten, aber auch erfolglos blieben. Ich habe mich oft gewundert, daß Herr Reeder diese Nervenbelastung, die Tag und Nacht auf ihn einströmte, überhaupt aushielt. Seine Unerschrockenheit und seine feste Entschlossenheit haben selbst seinen größten Gegnern immer wieder imponiert und sie von dem Letzten abgehalten. Sie fürchteten, daß eine Kaltstellung bzw. Liquidierung von Herrn Reeder einen Sturm der Entrüstung bei allen anständig denkenden hohen Staatsbeamten hervorrufen würde. Nur das allein ist der Grund, daß sie ihn in seiner Stellung beließen. Sie gingen dabei von der falschen Voraussetzung aus, daß seine entschlossene Haltung durch ihre ständigen Intrigen zum Erlahmen gebracht werden könnte. Herr Reeder mußte daher schließlich die gemeinsten persönlichen Schmähungen und Anfeindungen der höchsten Führer des Staates, auf die ich im einzelnen noch näher eingehen werde, erdulden.

Um die Besatzungskosten möglichst niedrig zu halten, hat Herr Reeder von Anfang an mit einem zahlenmäßig ausserst geringen Stab von Beamten und Angestellten gearbeitet, der überhaupt jemals von einer Besatzungsmacht erreicht wurde. Seine Mitarbeiter hingen die ganzen Jahre hindurch mit einer Treue und Verehrung an ihm. Niemals hat er sie nach parteipolitischen Gesichtspunkten ausgesucht, sondern es kam ihm lediglich auf fachliches Können, anständige Gesinnung und tadelloses Benehmen in einem fremden Lande an. Von den meisten wußte er überhaupt nicht, ob sie der Partei oder einer ihrer Gliederungen angehörten. Als Beispiel für die Einstellung seiner Untergebenen in der Militärverwaltung möchte ich anführen, daß ich selbst von meinen engsten Kameraden, mit denen ich vier Jahre lang dienstlich und ausserdienstlich zusammen war, nicht wußte, wer von ihnen der Partei angehörte, obwohl ich auch politischer Referent war. Es kam uns lediglich allen auf den von Herrn Reeder vergelebten Geist an. So war es möglich, daß unter seinen Mitarbeitern Menschen aus allen früheren Parteikreisen vorhanden waren. So z.B. sein persönlicher Referent in Köln und späterer Generalreferent in Brüssel, Militärverwaltungsoberrat The die o k, Zentrumsangehöriger, ein Gegner des Nationalsozialismus, der in engen Konnex mit den früheren christlichen Gewerkschaften stand und Verbindung zum Reichskanzler Brüning hielt. Von der NSDAP wurde er heftig abgelehnt und schließlich von Himmler persönlich nach jahrelangem Druck 1943 von Brüssel entfernt. Militärverwaltungsrat L e i b e r, Demokrat und jetziger Polizeipräsident von Mannheim, Oberregierungsrat F l a d, Demokrat, Oberregierungsrat H a r t e n s t e i n, Sozialdemokrat, beide heftig von Parteidienststellen angegriffen, Militärverwaltungsrat C a r l o S c h m i t z, Sozialdemokrat, jetziger Justizminister in Baden, Professor in Tübingen, Militärverwaltungsrat K o l b, SPD, jetziger Oberbürgermeister von Frankfurt a.M., Militärverwaltungsrat Oberrat B u s c h, früherer Mitarbeiter der sozialdemokratischen Minister Severing und Braun, heutiger Wohlfahrtsdezernent der Stadt Köln, Senatspräsident von K a m e c k e, Ministerialdirektor in der Weimarer Republik und Mitglied des obersten Kirchenrates

II) Als im Laufe der Besatzungszeit bewaffnete Überfälle auf Wehrmachtsangehörige mit zahlreichen tödlichen Ausgängen und Bombenanschläge auf Eisenbahntransporte usw. in Belgien zunahmen, forderte der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall K e i t e l von dem Militärbefehlshaber General von Falkenhausen schärfstes Vorgehen gegen die belgische Bevölkerung. General von Falkenhausen und Präsident Reeder versuchten immer wieder, durch alle möglichen Massnahmen wie warnende Aufrufe, Schließung von Vergnügungsstätten, Vorverlegung der Polizeistunde und ähnliches, die belgische Bevölkerung dazu zu bewegen, sich von diesen verbrecherischen Terroranschlägen, die größtenteils von kommunistischer Seite gelenkt wurden, zu absentieren, und an ihrer Verhinderung mitzuarbeiten. Der Militärbefehlshaber und Herr Reeder wollten unter allen Umständen die Ruhe und Ordnung in Belgien nicht nur im Interesse der deutschen Besatzungsmacht aufrecht erhalten, sondern auch im Interesse der belgischen Bevölkerung selbst, um ihnen trotz des sich immer mehr ausweitenden Krieges ein ruhiges und friedliches Leben zu sichern. Leider konnten trotz ständiger Aufforderungen der Bevölkerung die Täter dieser Terroranschläge nicht ermittelt werden. Im Gegenteil, die Überfälle auf Wehrmachtsangehörige nahmen in einer derartigen Form zu, daß sie schärfsten Protest der obersten deutschen Führung auslösten. Hitler befahl darauf persönlich dem Militärbefehlshaber sofort Geislerschießungen, wie sie in Paris und anderen Ländern schon seit längerer Zeit durchgeführt wurden, in Belgien vorzunehmen. General von Falkenhausen, der allein für die Durchführung solcher Maßnahmen zuständig war und dafür die volle Verantwortung trug, mußte nunmehr einem solchen Befehl nachkommen. Der Militärbefehlshaber und Präsident Reeder, die diese Geislerschießungen aus innerster Überzeugung ablehnten und sich darüber einig waren, daß eine volle Sühne nur darin gefunden werden könne, wenn man den Täter ermittle, kamen auf folgenden Ausweg, der auch durchgeführt wurde:



der evangelischen Kirche und viele andere. Herr Reeder kannte zum grössten Teil die Einstellung dieser Beamten und hat auch offen und freimütig sich mit ihnen über ihre politischen Einstellungen unterhalten. Wenn die Angriffe der Parteidienststellen gegen diese Beamten zu heftig wurden, gab er mir sogar die Weisung, direkt mit den Zentralstellen zu verhandeln und seine Absicht, diese Männer wegen ihrer fachlichen Qualitäten unter allen Umständen in der Militärverwaltung zu behalten, kundzutun, und auf eine Einstellung dieser Angriffe hinzuwirken. Als seine Vertreter und gleichzeitig Abteilungsleiter standen ihm zwei Männer zur Verfügung: Herr Dr. von C r a u s h a a r und Herr Dr. B e x e r, die nach eingehender Überprüfung belgischer Stellen und deutscher Entnazifizierungsausschüsse als vorbildliche Verwaltungsbeamte beurteilt wurden. Diese beiden Beamten vertraten den gleichen Geist und waren ihm und dem General von Falkenhausen auf das Freueste ergeben. Männer anderer Gesinnung und Geisteshaltung hätte er niemals als seine wichtigsten Mitarbeiter und Vertreter geduldet.

Die Amtsführung des Militärbefehlshabers General von Falkenhausen, die von der objektiv denkenden Welt in vollem Umfange anerkannt wird, wäre ohne den Einsatz und Kampf Reeders gegen die deutschen Zentral- und Parteidienststellen einschließlich des OKW und OKH schon nach kurzer Zeit beendet gewesen.

E i n z e l h e i t e n :

1) Schon bei Aufstellung dieses Organisationsplanes, wie auch später ^{der} bei der Durchführung der Militärverwaltung gestellten Aufgaben achtete der Präsident Reeder streng darauf, daß die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung eingehalten wurde. Stets liess er vor Erlass von Anordnungen und Gesetzen seine Dezernenten die Frage prüfen, ob diese Gesetze auch im Einklang mit der Haager Landkriegsordnung ständen. Diese unteren Instanzen in den Provinzen hatten von Herrn Reeder wiederholt die strikte Anweisung erhalten, bei Durchführung ihrer Aufgaben die Grundsätze der Haager Landkriegsordnung zu befolgen.

gegenüber der obersten Führung im Reich die volle Verantwortung, keine Erschießungen zu fordern. Er wollte damit zeigen, daß er persönlich diese Taten durch Geislerschießungen nicht gesüht sehe. Besser als durch dieses Beispiel kann die gerechte und humane Haltung Herrn Reeders überhaupt nicht gekennzeichnet werden. Bei ausserdienstlichen Spaziergängen ist er mir gegenüber immer wieder auf die vom Führerhauptquartier geforderten Geislerschießungen zurückgekommen und hat nach Auswegen gesucht, auf andere Weise diese Terrorakte zum Stillstand zu bringen. Dieser bald bei allen hohen Reichs- und Parteidienststellen bekanntgewordene Widerstand Herrn Reeders hat die höchste Entrüstung ausgelöst und zu scharfen Angriffen gegen seine Person geführt. Die während der ganzen Besatzungszeit vorgenommenen Geislerschießungen sind selbst nach Angaben des Nürnberger Militär-Tribunals gering und im Verhältnis zu den erschossenen Wehrmachtsangehörigen müssen sie als ausserst gering bezeichnet werden.

III. Bei dem Empfang der belgischen Generalsekretäre Anfang Juni 1940 setzte Herr Reeder diesen von belgischer Seite gesetzmässig anerkannten Vertreter der Minister davon in Kenntnis, daß er beabsichtige, möglichst in den belgischen Behördenapparat nicht einzugreifen und die belgischen Behörden bis in die untersten Instanzen hinein selbständig arbeiten zu lassen. Stets besprach Herr Reeder vor Erlaß von Gesetzen und Anordnungen die Angelegenheiten mit den Generalsekretären durch, hörte sich ihre Einwände an und verhandelte in loyaler Weise über notwendige Abänderungen. Selbstverständlich kam es dabei oft zu Meinungsverschiedenheiten, da die Generalsekretäre im Interesse ihres Landes nationale Belange zu wahren hatten. Herrn Reeder erkannte diese Einstellung der Generalsekretäre an und versuchte, ihnen die Notwendigkeit seiner Maßnahmen in aller Offenheit klar zu machen. Stets hatte er dafür Verständnis, wenn ein Generalsekretär glaubte, dem belgischen Volke gegenüber eine Maßnahme nicht verantworten zu können und deshalb zurücktreten zu müssen. Reeder versuchte dann jedesmal in seiner menschlichen Art die Beamten zu überzeugen, dass es im Interesse ihres Landes zweckmässig sei, auf dem Posten

1) Zu diesen "Geiseln" wurden nur solche Personen herangezogen, die des Waffen- oder Sprengstoffbesitzes überführt waren, oder zu bewaffneten Banden gehörten und bereits überführt und die Todesstrafe durch die Kriegsgesichte zu erwarten hatten. Andere Personen durften überhaupt nicht herangezogen werden. Derartige "Geiseln" kann man nach völkerrechtlichen Bestimmungen überhaupt nicht als Geiseln bezeichnen, da man darunter nichtstraffällige Bürger versteht, die man aus allen Schichten der Bevölkerung nimmt, um sie bei Nichtermittlung des Täters gegebenenfalls in Anspruch zu nehmen. Der Völkerrechtler im Amt-Ausland-Abwehr OKW Graf von M o l t k e und sein Mitarbeiter Oberleutnant von H a f t e n (beide nach dem 20. Juli hingerichtet) haben gerade diese Fälle in Belgien eingehend studiert und zusammengestellt, um sie später als völkerrechtliches Beweismaterial zu verwenden. Das OKW wie auch höchste Parteidienststellen haben, sobald ihnen diese Umgehung des Führerbefehls bekannt wurde, heftigste Kritik geübt, da diese Maßnahmen lediglich ein vorweggenommener Vollzug mit Sicherheit zu erwartender Todesurteile seien und überhaupt nicht als Sühne bewertet werden könnten.

2.) Trotz des strikten Befehls, die Erschießung sofort durchzuführen, wurde zunächst die Exekution durch eine öffentliche Bekanntmachung hinausgeschoben und eine Frist für die Ermittlung des Täters gestellt. Überhaupt wurde niemals eine Erschießung in der vom Führer befohlenen Zahl vorgenommen.

Als kurz nach Weihnachten 1942 zwei Angehörige des Stabes von Herrn Reeder, der Militärverwaltungsoberrat F l a d, Dezernent für Außenhandel und Militärverwaltungsrat H a s s, Dezernent für Chemie, beides völlig unpolitische Beamte, die bei den Belgiern höchstes Ansehen genossen, einem Mordanschlag erlagen, machte Herr Reeder dem Militärbefehlshaber sofort den Vorschlag, für die beiden Opfer keine Geiseler-schießungen vorzunehmen. Trotz dieser Anschlag ihn mit tiefstem Schmerz erfüllte, (Hass war gerade vom Weihnachtsurlaub von seiner Familie und seinen fünf Kindern zurückgekommen) übernahm er gegenüber seinem gesamten Stabe und

zu bleiben. So kam es zum Beispiel oft zu erheblichen Auseinandersetzungen mit dem Generalsekretär für Ernährung und Landwirtschaft, de Winter, der oft Anlaß nahm, sich über Verhandlungen und Maßnahmen mit dem landwirtschaftlichen Sachbearbeiter zu beschweren. Kein anderer Chef der Militärverwaltung hätte sich den oft scharfen Ton de Winters gefallen lassen. Aber Herr Reeder lenkte immer wieder ein, da er de Winter wegen seiner grossen Sachkenntnis, seines ungeheuren Fleißes und seiner Organisationsgabe schätzte. Herr de Winter kannt seinerseits an, daß die Sicherstellung der Ernährung der belgischen Bevölkerung Herrn Reeder genau so am Herzen lag wie ihm selbst. Auch wußte de Winter, daß sich Herr Reeder persönlich bei den Berliner Zentralstellen für weitgehendste Zuschüsse aus dem Reich, besonders an Brotgetreide und Kartoffeln, während der ganzen Zeit eingesetzt hatte.

Mit dem gleichen Einsatz wie für seine deutschen Mitarbeiter trat Herr Reeder für die belgischen Generalsekretäre ein, wenn sie von deutschen Zentralstellen angegriffen wurden. So forderte man aus dem Reich die Absetzung des Leiters des Greniums, des Generalsekretärs Flissinier, weil er Freimaurer war, den Herr Reeder aber wegen seiner hervorragenden Kenntnisse auf dem Finanzgebiet schätzte und sich immer wieder während der 4 Jahre vor ihn stellte. Ebenfalls verlangte man im Laufe der Jahre die Absetzung Rommès, de Winters und Leemans, für deren Verbleiben Herr Reeder mit aller Entschlossenheit eintrat trotz der sich immer häufenden Beschwerden aus dem Reich, von seinem Entschlus, diese Männer in ihrem Amte zu belassen, nicht abging.

Tief erschüttert war Herr Reeder über die Ermordung des Generaldirektors des Sociéte Generale Galopin, dessen große Fähigkeiten er stets anerkannte und ihn wegen seiner bescheidenen Art bewunderte. Er bezeichnete seinen Tod gegenüber den deutschen Zentralstellen als einen schweren Verlust für die belgische Wirtschaft und auch für die deutsche Besatzungsmacht. Galopin war ebenfalls den heftigsten Angriffen der Reichs- und Parteidienststellen ausgesetzt.

- 10 -

Als die ersten Deutschen und Belgien aus dem Internierungslager im Juni/Juli 1940 zurückkehrten, verlangten sie stürmisch ein Einschreiten gegen den Generalstaatsanwalt Ganshoff van der Meersch, den sie als den Verantwortlichen für ihre Verschleppung betrachteten. Herr Reeder ließ sofort diese Anschuldigung untersuchen und kam zu dem Ergebnis, daß gegen Ganshoff van der Meersch kein Vorwurf erhoben werden könne. Maßnahmen, die Ganshoff van der Meersch bei Beginn des Krieges in seiner Stellung getroffen hatte, schienen Herrn Reeder gerecht. Er gab den ständigen Forderungen, ihn zu verhaften, nicht nach, sondern erteilte mir die Anweisung, die Deutschen in Belgien darüber aufzuklären, daß nach Herrn Reeders Ermittlungen für eine Anzeige gegen van der Meersch keine Gründe gegeben seien und er sich grundsätzlich auch für die Zukunft nicht dafür hergebe, gegen belgische Staatsbeamte wegen unbegründeter Anschuldigungen einzuschreiten. Diese Stellungnahme führte von Dienststellen aus dem Reich zum ersten Angriff gegen Herrn Reeder, die sich im Laufe der Jahre so stark vermehren sollten.

IV. Die Heimkehraktion für die Belgier, die Mai 1940 nach Südfrankreich geflohen waren, hat Herr Reeder mit umfangreichen Hilfsmaßnahmen unterstützt. Die Verwaltungschefs der Oberfeld- und Feldkommandanturen hatten von ihm die Anweisung erhalten, sich um die Rückführung der Belgier eingehend zu kümmern. So ist zum Beispiel der Verwaltungschef der Oberfeldkommandantur Gent, Schiffner persönlich mit einer Lastwagenkolonne nach Südfrankreich gefahren, um an Ort und Stelle die Rückführung der Belgier zu organisieren und den Rücktransport des zusammengestellten Convoys zu leiten.

V. Wenn man heute aus Radio-, Inn- und ausländischen Presseberichten vernimmt, daß Belgien sich von allen besetzten Ländern nach dem Kriege am schnellsten wirtschaftlich erholt habe, so ist das ohne Zweifel ein Verdienst der Militärverwaltung unter der Leitung von Herrn Präsidenten Reeder. Die wirklich innere Anteilnahme an den Nöten und Sorgen

der belgischen Bevölkerung und der belgischen Wirtschaft wirkte sich auf die Arbeit seiner gesamten Mitarbeiter aus. Der Leiter der Wirtschaftsabteilung Dr. Bayer und seine Dezernenten haben in loyaler und sachlicher Weise mit den belgischen Behörden und Wirtschaftsvertretern zusammengearbeitet und versucht, trotz oft großer, durch den Krieg bedingter Schwierigkeiten, die Leistungsfähigkeit des Landes aufrecht zu erhalten und die Versorgung besonders der Arbeiterschaft unter Besserung ihrer sozialen Verhältnisse sicher zu stellen. Ich will nicht auf einzelne Wirtschaftsgebiete eingehen, sondern nur als Beispiel für ein korrektes Verhalten ein Urteil des Militärgerichts der Vereinigten Staaten in Nürnberg gegen den Flick-Konzern vom 22. Dezember 1947 über den Beauftragten Kohle-West, auch Bekowest genannt, und den Beauftragten für die Stahlindustrie in Belgien und Nordfrankreich Steinbrink wiedergeben. Steinbrink arbeitete im besonderen Maße auf das Herzlichste und Engste mit Herrn Reeder zusammen und richtete sich nach den von ihm gegebenen allgemeinen Weisungen. Dieses Urteil des Militärgerichts sagt über Steinbrink:

-----" Zur Erzielung der Stahlerzeugung arbeitete Steinbrink zusammen mit den örtlichen Industriellen, von denen die meisten, nachdem sie erst vor der deutschen Armee geflohen waren, zu ihrer Arbeit zurückkehrten. Es liegt kein Beweis dafür vor, daß irgendeiner auf Befehl Steinbrinks verschickt oder ferngehalten worden wäre. Seine Beziehungen zu ihnen waren herzlich und ihre Achtung vor seiner Fähigkeit und seinem Verhalten geht aus zahlreichen in den Akten befindlichen eidesstattlichen Erklärungen hervor, von denen einige auch von Vertretern der Kohlenindustrie stammen. Während seiner Verwaltung bemühte er sich, so wenig wie möglich den friedensmässigen Strom von Kohle und Stahl zwischen den Industrien dieser Länder zu stören. Selbstverständlich hatte die deutsche Wirtschaft ihren Vorteil, aber nicht durch Wegnahme oder rücksichtslose Ausbeutung. In Belgien und Luxemburg war das Verhältnis zwischen Kohle und Stahl export zum Inlandsverbrauch auch unter seiner Herrschaft nicht wesentlich von dem in Friedenszeiten üblichen verschieden....

Aus den vorgelegten Zahlen können wir nicht feststellen, daß Steinbrink in seiner Aussage von der Wahrheit abgewichen ist, wenn er ausführte, daß das Verhältnis zwischen Ausfuhr und Inlandsverbrauch sich in letzter Zeit vor und während der Besatzung wesentlich geändert habe. Kohle für den Inlandsverbrauch wurde unter seiner Besatzung rationiert, doch ist nicht nachgewiesen, daß die Rationierung pro Kopf wesentlich geringer war, als für den Verbrauch in Friedenszeiten."

Diese Feststellungen des Urteils des Militärgerichts in Nürnberg über ein durchaus korrektes Verhalten eines leitenden Beamten in der Wahrung der wirtschaftlichen Belange Belgiens müssen umsomehr für Herrn Reeder gelten, der für die Durchführung einer solchen Wirtschaftspolitik durch Herrn Steinbrink sorgte.

VI. Herr Reeder hat besonders darüber gewacht, daß die beschlagnahmten jüdischen und feindlichen Vermögen ordnungsgemäß verwaltet wurden. Diese Werte sind nicht, wie in vielen anderen Ländern in Interesse des Reiches eingezogen worden oder haben irgendeine andere Bestimmung bekommen. Derartige Forderungen von Zentral- und Parteidienststellen hätte Herr Reeder auf das Schärfste abgelehnt. Übergriffe, die in einzelnen Fällen vorgekommen sein mögen, sind ohne sein Wissen erfolgt. Soweit mir bekannt ist, wurden nach dem Einmarsch der alliierten Truppen in Deutschland in Göttingen 17 Kisten mit sichergestellten Vermögenswerten und die gesamten Vermögensverzeichnisse mit allen Unterlagen von der Sekretärin des in Brüssel zuständigen Beamten für Juden- und Feindvermögen amerikanischen Offizieren und Herren des amerikanischen Sicherheitsdienstes übergeben. Die Alliierten haben damit einen weiteren Beweis dafür erhalten, daß es doch noch eine anständige Besatzungsverwaltung, die sich an die Haager Landkriegsordnung hielt, gegeben hat.

VII. Herr Präsident Reeder lehnte von vorneherein die unterschiedliche Behandlung der belgischen Bevölkerung nach Rassegesichtspunkten ab und hatte deshalb bei der Organisation seines Stabes kein Arbeitsgebiet für diese Fragen vorgesehen. Er gab die Anweisung, die belgischen und ausländischen Juden als Bürger mit den gleichen Rechten zu behandeln. Die Frage der Belgischen Juden in staatlichen Stellungen machte allerdings auch ohnehin keine besonderen Schwierigkeiten, da Juden derartige Stellungen in Belgien nicht einnahmen.

- 13 -

Sehr bald wurde vom Reichssicherheitshauptamt in Berlin der Versuch unternommen, den Judenstern auch in Belgien einzuführen. Herr Reeder widersetzte sich dieser Maßnahme und bewog auch die Besatzungsverwaltung in Holland und Frankreich, den gleichen Standpunkt einzunehmen. Als man aber später in Holland und auch in Frankreich dem Druck der Reichsdienststellen der SS nachgab, sah Herr Reeder sich gezwungen, zu diesem Problem doch Stellung zu nehmen. Das Reichssicherheitshauptamt und der Reichsführer SS hatten jede Einnischung der Militärverwaltung in Judenangelegenheiten verboten. Aber für die Einführung des Judensterns hatten sie die Militärverwaltung nötig, da sie keine Anordnungen für Belgien im Verordnungswege treffen konnten. Aus diesem Grunde übten sie auf Herrn Reeder persönlich einen scharfen Druck aus und da zu erwarten war, daß sie sonst andere Zwangsmaßnahmen trafen und auch das Hereinwandern von Juden aus Holland und Frankreich im Interesse der Ernährung der belgischen Bevölkerung nicht erwünscht war, entschloß sich Herr Reeder, den Judenstern einzuführen. Er ging dabei von der Erwägung aus, daß diese Maßnahme einen gewissen Schutz für die Juden bedeuten würde, da auf diese Weise das Vorgehen der Sicherheitspolizei gegen die Juden unter Kontrolle gestellt werden konnte. In meinem Dezernat wurde dafür ein Arbeitsgebiet geschaffen und meinem Mitarbeiter, Herrn Militärverwaltungsrat Freiherr von Hahn (jetzt Landgerichtsrat in Hamburg) unterstellt, das in engster Fühlungnahme mit den Vertretern der Juden die Überwachung vornehmen sollte. Herr von Hahn hat von 1942 bis zum Ende der Besatzungszeit mit vollem Wissen von Herrn Präsident Reeder alles nur menschenmögliche getan, um den Juden Hilfe zu gewähren. Ich glaube wohl sagen zu können, daß bei der, in der gesamten Welt bekannten Einstellung des nationalsozialistischen Staates zur Judenfrage es einzigartig dasteht, daß eine hohe deutsche Dienststelle den vom Reich auf diesem Gebiet befohlenen Maßnahmen schärfsten Widerstand entgegengesetzt hat.

Herr Reeder hatte gegen das Reichssicherheitshauptamt und Himmler durchgesetzt, daß eine Deportierung der belgischen Juden nicht angeordnet wurde. Inzwischen waren aber zahlreiche Verhaftungen vorgekommen, auch von alten Leuten, Kindern und Kranken, gegen die Herr Reeder in schärfster Form protestierte. Ungefähr im April 1943 übergab die Sicherheitspolizei eine Weisung ihrer vorgesetzten Dienststelle in Berlin, daß nunmehr auch die belgischen Juden deportiert werden sollten. Herr Reeder widersetzte sich diesem Befehl und gab Anweisung, ihn nicht durchzuführen. Alle Versuche, das OKW und das OKH ebenfalls dazu zu bewegen, gegen diesen Befehl der SS vorzugehen, scheiterten. Diese höchsten militärischen Dienststellen wagten nichts in einer Sache zu unternehmen, in der Herr Reeder längst den Kampf aufgenommen hatte. Schließlich drückte Himmler im Sommer 1943 in einem persönlichen Schreiben an Herrn Reeder seine Ungehaltenheit über die Behandlung der Juden in Belgien aus und wies in scharfen Worten daraufhin, daß Herr Reeder als Vertreter des deutschen Reiches in Belgien die Befehle der höchsten Führung zu befolgen habe. Er, Himmler, habe nunmehr die strikte Anweisung an seine Sicherheitspolizei in Belgien gegeben, mit der Evakuierung der belgischen Juden sofort zu beginnen. Herr Reeder erklärte in aller Offenheit vor seinen Mitarbeitern, dass er einen solchen Befehl Himmlers verurteile. Sofort gab er die Anweisung, möglichst viele Juden durch alle möglichen Maßnahmen vor einer Deportation zu retten. Herr von Hahn versuchte in ständiger Fühlungnahme mit der Judenschaft selbst, alle möglichen Wege einzuschlagen, um den Juden zu helfen. Z.B. Freilassung, Unterbringung in Alters-, Kinderheimen, Krankenhäusern usw. Es wurden im steigenden Maße Befreiungsscheine vom Tragen des Judensterne ausgestellt, um so den Juden die Möglichkeit zu geben, sich zu verbergen, obwohl diese Befreiungsscheine vom Amtschef der geheimen Staatspolizei in Berlin, Müller als ungültig erklärt wurden. Die Juden kamen täglich in die Diensträume der Militärverwaltung, um mit Herrn von Hahn persönlich zu

verhandeln. Herr von Hahn befand sich dabei in Wehrmachtsuniform und alle Besucher konnten in einem Vorraum, der auch zum Arbeitszimmer des Präsidenten Reeder führte, täglich die Juden in grösserer Zahl sitzen sehen.

Als Beispiel möchte ich noch anführen, daß der jetzige Oberstadtdirektor von Solingen, der Volljude Dr. Berting, der im Frühjahr 1942 aus Berlin nach Belgien floh, um sich unter den Schutz von Herrn Präsidenten Reeder zu stellen und bei einem Beamten der Militärverwaltung während dieser Zeit wohnte, als Zeuge vor einem Entnazifizierungsausschuss in Düsseldorf ausserte: "Was die Militärverwaltung unter der Leitung von Herrn Präsident Reeder für die Juden getan hat, war nicht allein Widerstand, sondern nach Aussage des Oberrabbiners Ullmann in Antwerpen Menschenrettung größten Ausmaßes".

VIII. Im Anfang der Besatzungszeit förderte Herr Reeder die Bestrebungen, belgische Arbeiter zum Arbeitseinsatz in Deutschland zu verpflichten. Durch diese freiwillige Anwerbung von belgischen Arbeitern wurde einmal der Bedarf von Arbeitskräften in Deutschland, der mit der stärkeren Einziehung zur Wehrmacht größer wurde, etwas behoben und auch in Belgien die Ernährung der Bevölkerung durch den Abgang dieser Arbeiter erleichtert. Herr Reeder ließ sich ständig über die Unterbringung, Verpflegung und Behandlung der belgischen Arbeiter in Deutschland unterrichten und kontrollierte die Klagen der belgischen Arbeiter in ihren Briefen an ihre Familien durch die Zensurstellen. Ernste Klagen wurden nur selten vorgebracht. Die meisten belgischen Arbeiter waren mit ihrer Arbeit, Unterbringung, Verpflegung und Bezahlung zufrieden. Auch forderte er die belgischen Behörden und Wirtschaftsorganisationen auf, sich von der Arbeitsweise ihrer Landsleute ein persönliches Bild zu machen. Unter allen Umständen wollte Herr Reeder die zwangsweise Verbringung von belgischen Arbeitern ins Reich verhüten. Die Hauptschwierigkeit für Herrn Reeder, diesen Arbeitseinsatz weiter in geordneter Form zu steuern, bestand

- 16 -

darin, daß der Gauleiter S a u c k e l als Sonderbevollmächtigter des Führers für den Arbeitseinsatz ohne Anhören oder Zustimmung des OKW und OKE direkte Anweisungen an die Militärverwaltung erteilen konnte. Diese Schwierigkeiten für Herrn Reeder verschärften sich noch dadurch, daß sich der Leiter der Gruppe Arbeitseinsatz in erster Linie gegenüber dem Gauleiter Sauckel verpflichtet fühlte und sich immer mehr und mehr der Aufsicht durch Herrn Reeder und Herrn Dr. Beyer entzog. Alle Versuche Herrn Reeders, auch in diesem Arbeitsgebiet die Einheit der Militärverwaltung aufrecht zu erhalten, scheiterten an dem Widerstand des Gauleiters Sauckel. Als Gauleiter Sauckel die Einführung der Zwangsverpflichtung der belgischen Arbeiter forderte, setzte der heftigste Widerstand Herrn Reeders ein, dem sich der Militärbefehlshaber General von Falkenhausen in der gleichen Schärfe anschloß. Herr Reeder weigerte sich unter Zurverfügungstellung seines Amtes, diese Anweisung Sauckels durchzuführen, aber auch hier ließ das OKW und OKE die Militärverwaltung im Stich und die Zwangsverpflichtung wurde schließlich vom Reich erzwungen. Herr Reeder versuchte, Gauleiter Sauckels Pläne zu durchkreuzen, indem er der Zwangsverpflichtung alle möglichen Riegel vorschob. Herr Reeder wurde jedoch nicht mehr über die Besprechungen zwischen Gauleiter Sauckel und Herrn S c h u l z e unterrichtet. Auf Anordnung Gauleiter Sauckels kam es bei der Durchführung der Zwangsverpflichtung zu Methoden, die von Herrn Reeder auf das schärfste abgelehnt wurden. Wie Herr Reeder persönlich darunter litt, kann nur der beurteilen, der dienstlich und ausserdienstlich mit ihm darüber gesprochen hat. Wenn es Herrn Reeder auf diesem Gebiet nicht gelungen ist, das deutsche Ansehen in Belgien zu erhalten, so kann ihm dafür keine Schuld beigemessen werden, da er alles getan hat, was in diesem Falle zu tun war. Ich glaube, kein Minister hat sich gegenüber dem Gauleiter Sauckel schriftlich und mündlich einen solchen Ton erlaubt, wie Herr

Reeder. Wenn es in dem bereits zitierten Urteil des Militärgerichts in Nürnberg geheißen hat: "Es kommt nicht darauf an was Göring anordnete, sondern was Steinbrink tat", so muß es mit dem gleichen Recht im vorliegenden Falle heißen: "Es kommt nicht darauf an was Sauckel anordnete, sondern was Reeder tat."

IX. Ich kann nur mit einem gewissen inneren Widerstreben in den folgenden Abschnitten über den zähen Kampf Herrn Reeder's gegen die oberste politische Führung, dessen Durchhalten unmenschliche Anstrengungen von ihm erforderten, einem belgischen Gericht gegenüber eine Erklärung abgeben, da es sich um einen so beschämenden Kampf der deutschen Führung untereinander handelt.

Nur wenige Belgier wußten von diesen ständigen Kämpfen, die für ihr Land so viel Schlimmes verhüten sollten, die aber bei der Beurteilung Herrn Reeder's eine ganz besondere Achtung und Bewertung verdienen.

Präsident Reeder beabsichtigte von vornherein die innerpolitische Struktur des Landes nicht zu ändern und sich unter keinen Umständen auf politische Experimente einzulassen.

Bereits 1940 versuchten alle möglichen Dienststellen aus dem Reich, sich in die belgischen Dinge einzumischen. Die Beauftragten des Chefs des SS-Hauptamtes, des Reichssicherheitshauptamtes, der Dienststelle Ribbentrop, der Auslandsabteilung der NSDAP, der obersten SA-Führung, des Propagandaministeriums, der Reichsjugendführung, des Reichsarbeitsdienstes usw. reisten nach Belgien, um sich persönlich zu orientieren und mit Belgiern Verhandlungen aufzunehmen. Auf Grund ihrer oberflächlichen Eindrücke sandten sie über die belgischen Verhältnisse Berichte an oberste Reichsdienststellen, die jeder Grundlage und Sachkenntnis entbehrten. Sie wurden dabei von den verschiedensten politischen Gruppen und fanatischen Einzelgängern Belgiens beeinflusst. Von den Besuchen dieser Beauftragten erfuhr die Militärverwaltung oft nur durch Zufall, die Berichte bekam

sie nur auf Umwegen zu lesen. Die Berliner Dienststellen gingen auf Grund dieser Darstellungen dazu über, Anweisungen an belgische politische Gruppen ohne Wissen der Militärverwaltung zu erteilen. Herr Reeder gab mir die Weisung, die Einreisen dieser Besucher zu kontrollieren, ihre Betätigung festzustellen und sie zu veranlassen, sich sofort beim Chef der Militärverwaltung zu melden. In unmißverständlichen Worten machte Herr Reeder ihnen dann klar, daß ihre Betätigung höchst unerwünscht sei und forderte sie auf, Belgien zu verlassen. Bei ihren vorgesetzten Zentralstellen in Berlin protestierte Herr Reeder ständig mündlich und schriftlich gegen ihre Absendung. Leider aber fanden die Darstellungen dieser unerfahrenen Leute bei der obersten Führung mehr Gehör, als die sachlichen Berichte Herrn Reeders.

Bald erfolgten diese Einmischungsversuche auch von der politischen Vertretung der anderen besetzten westlichen Länder. Der Chef der Zivilverwaltung in Luxemburg, Gauleiter S i m o n, machte den Versuch, die deutschsprachigen Gebiete in der belgischen Provinz Luxemburg seiner Besatzungsverwaltung anzugliedern. Der Beauftragte der NSDAP beim Reichskommissar in Holland, S c h m i d t, sandte einen Vertreter nach Belgien, der seinerseits die Dinge klären und auf die Einflüsse nehmen sollte. Der Botschafter A b e t z in Paris richtete im März 1941 ohne Wissen der Militärverwaltung ein Telegramm an den Reichsaussenminister von Ribbentrop, in dem er vorschlug, dem belgischen Registenführer Leon Degrelle eine staatliche Stellung in Belgien einzuräumen. Herr Reeder fuhr sofort ins Führerhauptquartier und trug die Angelegenheit dem Oberbefehlshaber des Heeres, Generalfeldmarschall von Brauchitsch, mit der Forderung vor, diese Einmischungsversuche in die belgischen Belange durch einen Befehl zu untersagen. Ebenfalls unterrichtete er in einem Vortrag den Stellvertreter des Führers, Rudolf H e s, über diese Vorgänge und bat um Abstellung. Gleichzeitig legte er in einem umfangreichen Bericht, den er an alle Reichs- und Parteidienst-

stellen gehen ließ, seine Ansicht über Leon Degrelle dar. Die Ansicht Herrn Reeders über Degrelle war ungefähr folgende:

"Er sei von vornherein Degrelle mit Mißtrauen begegnet, da ihm sein politischer Werdegang vor dem Kriege bekannt gewesen war. Degrelle sei ein politischer Abenteurer mit glänzenden propagandistischen Talenten; seine Ideen seien oft phantastisch; seine politischen Ziele wechselten sprunghaft von einer groß-burgundischen Idee über seine nationalbelgische zu einem Anschluss an das Reich. Sein Anhängerkreis habe während der Besatzungszeit ständig abgenommen. Aus diesen Gründe habe er es vorgezogen, mit einer Gruppe von Anhängern an die Ostfront zu gehen, um dann später einen Anspruch auf die politische Führung in Belgien erheben zu können. Als Soldat an der Front soll er sich ordentlich und tapfer geführt haben. In dieser Beziehung habe er ihm auch die nötige Achtung gezollt."

Stärksten politischen Einfluss auf das gesamte politische Geschehen in Belgien nahm der Chef des SS-Hauptamtes, Gruppenführer B e r g e r. Auf seine Veranlassung wurde in Antwerpen eine flämische SS gegründet. Berger hatte den Führer durch phantastische Zahlenangaben über die Stärke des Anhängerkreises dieser SS dazu veranlasst, durch seinen Adjutanten, Hauptmann E n g e l, dem Militärbefehlshaber die telefonische Anweisung zu geben, die flämische SS zu fördern. Als sich die flämische SS nicht in dem von Berger gewünschten Maße entwickelte, bekam sie von ihm den Auftrag, den ruhigen Kurs der Militärverwaltung zu stören und durch üble Propaganda Unruhe ins Land zu tragen. Herr Reeder, der Feind jeder Ausschreitungen und Terrorakte war, ging schärfstens gegen diese Bestrebungen Bergers vor. Ich entsinne mich u.a. daran, daß Herr Reeder, als ich ihn einmal an seinem Krankenbett über das schlechte Benehmen der SS in Antwerpen Vortrag hielt, aus dem Bett aufsprang und voller Zorn ausrief: "Man sollte diese ganze Bande einsperren." An die Verwaltungschefs der Oberfeld- und Feldkommandanturen hatte Herr Reeder die Anweisung gegeben, gegen jede Ausschreitung von politischen Gruppen, auch wenn sie von deutschen Dienststellen unterstützt werde, durch kriegsgerichtliche Ahndung vorzugehen.

Sehr bald versuchte Gruppenführer Berger, nachdem er eingesehen hatte, daß die flämische SS trotz größter Unterstützung

der SS-Dienststellen mit diesen Methoden keinen politischen Boden in Flandern gewann, die deutsch-flämische Arbeitsgemeinschaft unter der Leitung von van der Wiele, die nur kulturellen Zielen dienen sollte, zu einer politischen Partei auszubauen und sie die der flämischen SS zugedachten Rolle übernehmen zu lassen. Er stellte van der Wiele grosse Geldmittel zur Verfügung und befahl ihm, den flämischen Nationalverband (VNV) auf das Heftigste zu bekämpfen und ihn als Partei zu zerschlagen. Die Militärverwaltung musste nun die Führer und Vertreter des VNV, die sich zur Mitarbeit mit der Militärverwaltung bei den belgischen Behörden zur Verfügung gestellt hatten, ohne daß dabei ihnen irgendwelche politischen Aussichten gemacht worden waren, vor den Angriffen der Devlag und der deutschen SS-Dienststellen in Schutz nehmen. Das Urteil Herrn Reeders über van der Wiele war folgendes:

"Van der Wiele sei zunächst ein Idealist gewesen, habe sich aber nur von seinem politischen Ehrgeiz, unter allen Umständen in Belgien eine Rolle zu spielen, leiten lassen. Nachdem er erkannt habe, daß er darin keine Unterstützung seitens der Militärverwaltung fand, habe er sich an die Berliner Zentralstellen gewandt, wo er die Unbeliebtheit der Militärverwaltung für seine Zwecke reichlich ausgenutzt habe. Bei allen diesen Stellen habe er unentwegt ihn persönlich und die Militärverwaltung verleumdete. Seine Weisungen habe er nur nach von Gruppenführer Berger oder anderen hohen Parteidienststellen entgegengenommen."

Im Jahre 1942/43 begann Gruppenführer Berger nun auch unmittelbaren Einfluss auf Degrelle zu nehmen und ihn mit Weisungen zu versehen. Von den Verhandlungen, die Berger in Berlin oder im Führerhauptquartier mit Degrelle und van der Wiele führte, wurde Herr Reeder nur oberflächlich, meist von den Belgiern selbst, unterrichtet. Ständig musste Herr Reeder Gruppenführer Berger schriftlich oder mündlich darauf hinweisen, daß er sich die politischen Eingriffe in den Befehlsbereich der Militärverwaltung auf keinen Fall gefallen lasse. Herr Berger ging dann bald zu Methoden über, durch die er die Militärverwaltung über seine wirklichen Absichten zu täuschen versuchte. So z.B. schickte er Herrn Reeder Abschriften seiner Anweisungen, die aber vom Originalbefehl in den wichtigsten Punkten abwichen. Herr Reeder, dem es lag, nur den geraden

Weg zu gehen, sah sich nun gezwungen, Herrn Berger ebenfalls über seine wirklichen Absichten im Unklaren zu lassen, Scheinkonzessionen zu machen, damit er Zeit gewänne, um den unheilvollen Bestrebungen Bergers wirksamer entgegenzutreten zu können. Dieser widerwärtige Kampf und die ständigen Konflikte führten zu einer ungeheuren Nervenbelastung Herrn Reeders, die seine Gesundheit stark beeinflussten.

Ein anderer gefährlicher Gegner, dessen grosse politische Bedeutung die Welt erst durch das Nürnberger Gerichtsverfahren erfahren hat, war der Chef des Amtes III des Reichssicherheitshauptamtes, Gruppenführer O h l e n d o r f. Herr Reeder hatte die Gefährlichkeit dieses Mannes rechtzeitig erkannt und war ihm entgegengetreten, obwohl er wußte, daß Ohlendorf bei Durchführung seiner Ziele vor nichts zurückschreckte.

Während seiner Amtsführung in Belgien stand Herr Reeder ständig unter Bewachung der SS. Telefongespräche mit Leitern der Sicherheitspolizei in Brüssel wurden abgehört, registriert und nach Berlin weitergegeben. Gespräche, die er dienstlich und auserdienstlich führte, gelangten oft durch Spitzel in das Reichssicherheitshauptamt nach Berlin. Über wichtige Besprechungen, die Herr Reeder in Brüssel oder bei Reichsdienststellen führte, hatte ich Vermerk zu machen, indem ich auch die persönliche Auffassung Herrn Reeders über den Inhalt derartiger Besprechungen offen zum Ausdruck brachte. Oft kam es vor, daß sich Abschriften dieser Protokolle, die in einem Panzerschrank verschlossen waren, in Berlin befanden und mir dort vorgehalten wurden.

In persönlich anständiger Weise benahmen sich die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des S.D. in Brüssel, Dr. Ehlers, der wegen seiner Versuche, die Politik Reeders zu deken, strafversetzt wurde und Dr. G a n a r i s, ein Neffe des nach dem 20. Juli erhängten Admiral Canaris, obwohl sie sich ständig in einer Zwangslage gegenüber ihrer vorgesetzten Behörde in Berlin und Himmler selbst befanden und von ihren

Mitarbeitern überwacht und bespitzelt wurden. Ohne die erforderliche Rückendeckung von Dr. Canaris und Dr. Ehlers hätte ich die Anweisungen Herrn Reeders, die SS und Parteidienststellen zu überwachen und hinter ihre Schliche zu kommen, nicht so ausführen können.

Als die hohen politischen Führer einsahen, daß sie auf dem von ihnen eingeschlagenen Wege nicht weiterkamen, bestärkten sie Himmler in seinem schon lange gehegten Wunsche, den Hh.SS- und Polizeiführer in Belgien einzuführen. Himmler kam diese Anregungen sehr gelegen, da er Belgien oft als den "schwarzen Fleck" auf der Landkarte seines politischen Befehlsbereiches bezeichnet hatte. Herr Reeder wollte unter allen Umständen dieses Unheil von Belgien abwenden und eine Zersplitterung seiner Befehlsgewalt verhindern. So kämpfte er einen zähen und oft fast aussichtslosen Kampf für die Einheit seiner Verwaltung gegen Himmler. In diesem Kampfe, in dem Reeder völlig auf sich selbst gestellt war und in dem ihn der Militärbefehlshaber aus begrifflichen Gründen nicht unterstützen konnte, blieb er tatsächlich bis zum Juli 1944 Sieger. Wohl selten hat Himmler derart scharfe Worte zu hören bekommen, wie in den mündlichen und schriftlichen Berichten Herrn Reeders. Himmler beantwortete aber diese ausführlichen Schreiben Reeders einfach nicht, sondern warf ihm in kränkenden Worten Pflichtverletzung und Unwürdigkeit vor.

Ebenfalls versuchte man mit Unterstützung der Extremisten Degrelle und van der Wiele den Führer zu bewegen, einen Gauleiter als Reichskommissar in Belgien zu ernennen. Diese Ernennung hätte sofort die Einsetzung eines Hh.SS- und Polizeiführers nach sich gezogen. Schon deshalb mußte Herr Reeder im Interesse Belgiens im Amt bleiben und die weitere Befehlsführung des Generals von Falkenhausen sicherstellen.

Im März 1944 bekam Dr. Canaris in Berchtesgaden von Himmler den Befehl, den Chef der Militärverwaltung Reeder zu zwingen, alle seine wichtigsten Amtsbefugnisse an den

Gruppenführer Jungelaus zu übertragen. Himmler hat nach den Angaben von Dr. Canaris ungefähr wörtlich erklärt:

"Sagen Sie Reeder, wenn er meinen Wünschen, Jungelaus die geforderten Vollmachten einzuräumen, nicht nachkommt, das Tisch Tuch zwischen mir und ihm zerschnitten habe. Er soll sich nur nicht einbilden, in Belgien etwas geleistet zu haben. Wenn ich dem Führer über ihn Vortrag hielt, fällt er die Länge nach auf die Schnauze und erhebt sich nie wieder. Ich befehle Ihnen, schnellstens dafür zu sorgen, daß Jungelaus in die von mir verlangten Positionen eingesetzt wird."

Es handelt sich dabei um die Übertragung aller Polizeibefugnisse, der Volkstumsangelegenheiten und aller politischen Fragen. Dr. Canaris kam damals erschüttert von Brüssel zurück und hat sich sofort mit mir in Verbindung gesetzt. Dr. Canaris setzte dann gegen den Befehl Herrn Reeder von den Forderungen Himmlers in Kenntnis, der sie in vollem Umfange ablehnte. Dr. Canaris hat dann in gemeinsam mit mir verfaßten Berichten Obergruppenführer Kaltenbrunner und Himmler über die Haltung Reeders irreführt und es dann verstanden, die Angelegenheit Himmler gegenüber in die Länge zu ziehen.

Was Herr Reeder für Belgien schon allein durch diesen Widerstand, daß kein Hh. SS. und Polizeiführer und Reichskommissar bis zum Juli 44 ernannt wurde, erreicht hat, kann die heutige belgische Regierung nur dann verstehen, wenn sie sich mit den damaligen leitenden Staatsbeamten ins Benehmen setzt. Ich glaube kaum, daß nach der Übernahme der staatlichen Funktionen durch Degrelle und van der Wiele, was nach Einsetzung des Reichskommissars und eines Hh. SS. und Polizeiführers sehr bald erfolgt wäre, die heutigen Männer des politischen Lebens von dem dann eingetretenen Terror verschont geblieben wären.

Viele hohe deutsche Staatsbeamte in Berlin und den besetzten Gebieten sahen auf diesen Kampf Reeders gegen Himmler und die höchsten SS- und Parteiführer mit Bewunderung, glaubten aber, daß die Widerstandskraft Reeders doch noch

zum Erliegen kommen werde. Reeder hat sich in seinem Wege aber nicht beirren lassen.

Unter den Attentätern des 20. Juli hatte Herr Reeder Männer, die ihn aufrichtig bewunderten und ihm zugetan waren und bis zum 20. Juli in freundschaftlichen Beziehungen zu ihm standen. So z.B. der Regierungspräsident Graf von der Schulenburg (nach dem 20.7. gehängt) besuchte Herrn Reeder noch kurz vor dem Attentat auf Hitler und war ein aufrichtiger Bewunderer von ihm. Zu mir sagte Graf von der Schulenburg, den ich ebenfalls sehr gut kannte, ohne auf das bevorstehende Attentat einzugehen oder gar anzudeuten, daß Herr Reeder unter allen Umständen, wenn es einmal anders käme, dem Reich an hervorragendster Stelle erhalten bleiben müsse. In gleicher Weise äußerte sich mir gegenüber in Brüssel Legationsrat Freiherr von Trott zu Solz (nach dem 20.7. gehängt). Auch der Adjutant des Grafen von Staufenberg, dem die Verhältnisse in Belgien gut bekannt waren, Hauptmann von Haeflén, sagte kurz vor dem Attentat in Berlin zu mir, daß Herr Reeder in jedem Falle einer Staatsführung zur Verfügung stehen müsse. General Olbricht, einer der führenden Köpfe der Verschwörer (nach dem 20.7. gehängt), der Herrn Reeder sehr schätzte, äußerte im Kreise seiner Offiziere, daß General von Falkenhausen und Herr Reeder die einzigen Garanten einer anständigen deutschen Verwaltung in den besetzten Ländern seien.

Wenn Herr Reeder nicht bei den Attentätern des 20.7. zu finden ist, so liegt der Grund darin, daß er längst in einem aktiven Widerstand zu der obersten Führung stand und einen positiveren Weg ging die Auswüchse des III. Reiches zu beseitigen und im Kriege für eine menschenwürdige Behandlung der besetzten Gebiete einzutreten und keine Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuzulassen.

Den schwersten Entschluss mußte Herr Reeder nach einem sehr schweren Autounfall im Juli 1944 in Aachen auf seinem Krankenlager im Krankenhaus in Bergheim treffen, als ihm mitgeteilt wurde, daß der Führer Gauleiter Grohé zum

Reichskommissar für Belgien und Nordfrankreich ernannt habe. Einige Stunden nach diesem Unfall war ich mit dem Chefarzt des chirurgischen Sonderlazarettes in Brüssel, Professor **W a c h s m u t h**, bei Reeder im Krankenhaus, wo er unter heftigsten Schmerzen seiner Verletzung äußerte, daß man doch am Schluss der Besatzungszeit in Belgien das General von Falkenhausem und sein Werk zerstört werden sollte. Aus diesem Grunde müsse er sich entschliessen, mit seiner Militärverwaltung unter dem Reichskommissar weiter im Amte zu bleiben, um Belgien in letzter Stunde Schlimmeres zu ersparen. Tatsächlich hat Herr Reeder, zunächst von seinem Krankenlager in Brüssel aus, Gauleiter Grohé die kurzen Wochen seiner Tätigkeit in Belgien vor falschen Entschlüssen bewahren können und verstanden, ihn trotz der erfolgten Ernennung eines Höh.SS- und Polizeiführers zur Mäßigkeit zu bewegen.

Damit ist Herr Reeder bis zum Schluss seinen Weg gegangen und hat ihn durchgestanden.

Während der deutschen Offensive in den Ardennen im Winter 1944/45 fand unter dem Vorsitz des Reichsministers L a m m e r s am 27. Dezember 1944 in Berlin eine Sitzung statt, an der die Staatssekretäre der Reichsministerien und Parteikanzlei sowie Vertreter des OKH und OKW teilnahmen, um über eine neue Besatzungsverwaltung in Belgien zu beraten. Herrn Reeder, der als Vertreter des Reichskommissars für Belgien und Nordfrankreich an dieser Sitzung teilnahm, wurde ein Befehl des Reichsführers SS Himmler übergeben, der ihm eine Tätigkeit in Belgien ein für alle Mal untersagte. (Mir wurde ebenfalls am 27.12.44 vom Chef des SS-Hauptamtes und vom Chef des Reichssicherheitshauptamtes eine Betätigung in Belgien während des Krieges und nach dem Kriege untersagt. Im Januar 1945 teilte der Chef des SS-Hauptamtes Gruppenführer Berger dem Reichskommissar mit, daß ich in eine Strafkompagnie nach Polen zu versetzen sei, da ich fortlaufend die Politik des Reichsführers SS in Belgien sabotiert hätte). Diese Maßnahmen gegen mich sollten auch Herrn Reeder treffen, da ich ihn während seines

Kampfes treu zur Seite gestanden hatte.
 Dieses Verbot Himmlers ist ein schlagender Beweis dafür, in welcher verdienstvollen Weise sich Präsident Reeder für das Wohl und Wehe des Landes Belgien eingesetzt hat. Diese seine Politik erregte so sehr das Mißfallen der obersten Reichsführung, daß sie ihm schließlich jede weitere Tätigkeit in Belgien verbot.

Wenn ein(ausländischer) Journalist über General von Falkenhausen die nachstehenden Worte schreibt:

" Es ist enttäuschend, daß sich vor ihm die Fahnen der Sieger nicht gesenkt haben. In ritterlichen Zeiten hätte man einen solchen "Gegner" zu ehren gewußt. Wer persönlich ohne Schuld ist, hat den Anspruch auf Freiheit; wer persönlich das Gute tat und dem Bösen furchtlos widerstand, verdient auch über Kollektivschuld hinweg Achtung und Liebe."

So glaube ich, daß auch Herr Präsident Reeder darauf Anspruch erheben kann.
 Herr Reeder war ebenso wie General von Falkenhausen Ritter ohne Furcht und Tadel.

gez. Hans Günter Heyn

Die eigenhändige Unterschrift von Herrn Hans-Günter Heyn wird hiermit bescheinigt.

Remscheid, den 2. August 1948

Stempel.

Der Oberstadtdirektor
 Remscheid
 Einwohnermeldeamt
 gez. Unterschrift.